

**Bericht zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes  
des  
Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW GmbH)  
für das Geschäftsjahr 2018**

**Vorbemerkung**

Gemäß der Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) – Ausführungsvereinbarung DZHW (AV-DZHW) – vom 28. Juni 2013 wurde das DZHW durch Abspaltungsbeschluss der Gesellschafterversammlung der HIS GmbH am 28.08.2013 als gemeinnützige Einrichtung gegründet.

Auf Empfehlung des Wissenschaftsrats haben Bund und Länder in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) am 27.06.2014 beschlossen, das DZHW und das Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung e.V. (iFQ) in Berlin zu einer Einrichtung der Hochschul- und Wissenschaftsforschung zusammenzuführen. Die Organe des DZHW und des iFQ haben die Verschmelzung des iFQ mit dem DZHW in dem am 06.11.2015 geschlossenen Verschmelzungsvertrag mit Wirkung zum 01.01.2016 vereinbart. Mit der Verschmelzung zum 01.01.2016 wurde das iFQ zur Außenstelle Berlin des DZHW.

Gesellschafter der DZHW GmbH mit Sitz in Hannover sind der Bund und alle Länder. Der Bund hält 70 % der Geschäftsanteile von nominal 19.000 €, die Länder insgesamt 30 % von nominal 8.000 € (je Land 500 €).

Die Gesellschaft dient als Kompetenzzentrum der Stärkung der Hochschul- und Wissenschaftsforschung in Deutschland und der Erfüllung des Bedarfs an forschungsbasierten Dienstleistungen seitens der Akteure der Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Sie stellt wissenschaftliche Infrastrukturen für die Hochschul- und Wissenschaftsforschung bereit.

Nach § 16 Abs. 1 des DZHW-Gesellschaftsvertrags erklären die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat jährlich, dass den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der jeweils geltenden Fassung entsprochen wurde und wird oder welche Empfehlungen nicht angewendet wurden oder werden und warum nicht. Die Erklärung ist dauerhaft öffentlich zugänglich zu machen (entweder auf der Internetseite des Unternehmens und/oder im elektronischen Bundesanzeiger) und als Teil des Berichts zum Public Corporate Governance Kodex zu veröffentlichen.

**Bericht mit Entsprechenserklärung für das Geschäftsjahr 2018**

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der DZHW GmbH erklären, dass den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodes des Bundes in der Fassung vom 30.06.2009 (PCGK) im Geschäftsjahr 2018 grundsätzlich entsprochen wurde und zukünftig entsprochen wird.

Der Aufsichtsrat erklärt, dass er regelmäßig die Qualität und Effizienz seiner Tätigkeit überprüft.

Von den im Folgenden aufgeführten Empfehlungen des PCGK wird seitens der Gesellschaft momentan noch oder begründet dauerhaft abgewichen:

## **Zu 2. Anteilseigner und Anteilseignerversammlung**

### **Zu 2.2**

*Die Geschäftsleitung soll den Jahresabschluss/Konzernabschluss und den Lagebericht/Konzernlagebericht für das vergangene Geschäftsjahr innerhalb der ersten sechs Monate des laufenden Geschäftsjahrs der Anteilseignerversammlung vorlegen, soweit nicht weitergehende gesetzliche oder satzungsmäßige Regelungen bestehen. Die Anteilseignerversammlung entscheidet über die Gewinnverwendung.*

Der Jahresabschluss 2017 wurde im Geschäftsjahr 2018 wegen eines mehrmonatigen krankheitsbedingten Ausfalls nicht innerhalb der ersten sechs Monate der Gesellschafterversammlung vorgelegt.

Der Jahresabschluss 2018 wurde im Geschäftsjahr 2019 fristgerecht der Gesellschafterversammlung vorgelegt.

## **Zu 4. Geschäftsführung**

### **Zu 4.3.1**

*Die Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung wird vom Überwachungsorgan unter Einbeziehung von etwaigen Konzernbezügen in angemessener Höhe auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung festgelegt.*

Ein Mitglied der Geschäftsführung erhält keine leistungsbezogene Zusatzvergütung.

*Sämtliche Vergütungsbestandteile müssen für sich und insgesamt angemessen sein. Dies schließt im Rahmen des rechtlich Möglichen bei einer verschlechterten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens auch eine Herabsetzung der Vergütung ein.*

Eine Herabsetzung der Vergütung der Mitglieder der Geschäftsführung bei einer verschlechterten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens ist nicht vorgesehen. Eine Änderung im Sinne der Vorgabe des PCGK ist nicht vorgesehen.

## **Zu 5. Überwachungsorgan**

### **Zu 5.1.2**

*Bei Erstbestellungen soll die Bestelldauer auf drei Jahre beschränkt sein.*

Gemäß § 7 Abs. 7 des DZHW-Gesellschaftsvertrags erfolgt die Erstbestellung – wie etwaige Wiederbestellungen – für höchstens fünf Jahre. Im Fall der Erstbestellung ist insbesondere für den Fall der Nichtbewährung des Geschäftsführers/der Geschäftsführerin eine vorzeitige, einmalig nach drei Jahren von der Gesellschaft nutzbare, Kündigungsklausel zu vereinbaren und für diesen Fall weitere Gehaltsansprüche und mögliche Abfindungszahlungen für die restliche (über drei Jahre hinausgehende) Vertragslaufzeit ausdrücklich auszuschließen. Diese Regelung wurde mit dem Bundesministerium der Finanzen abgestimmt.

### **Zu 5.1.7**

*In Abhängigkeit von der Anzahl seiner Mitglieder und von den spezifischen wirtschaftlichen Gegebenheiten des Unternehmens soll das Überwachungsorgan insbesondere einen Prüfungsausschuss (Audit Committee) einrichten, der sich insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung und des Risikomanagements, der erforderlichen Unabhängigkeit der Abschlussprüferin bzw. des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrages an die Abschlussprüferin bzw. den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung befasst. Insbesondere an die fachliche Eignung der Mitglieder des Prüfungsausschusses sind besonders hohe Maßstäbe zu legen.*

Aufgrund der geringen Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrats wurde kein Prüfungsausschuss eingerichtet. Eine Änderung ist nicht vorgesehen.

### **Zu 5.2.1**

*Bei Vorschlägen zur Wahl von Mitgliedern des Überwachungsorgans soll darauf geachtet werden, dass dem Überwachungsorgan nur Mitglieder angehören, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen und hinreichend unabhängig sowie angesichts ihrer beruflichen Beanspruchung in der Lage sind, die Aufgaben eines Mitglieds des Überwachungsorgans wahrzunehmen. Es ist auf eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen hinzuwirken. Dabei sollen die auf Veranlassung des Bundes gewählten oder entsandten Mitglieder des Überwachungsorgans in der Regel nicht mehr als drei Mandate in Überwachungsorganen gleichzeitig wahrnehmen.*

Die Einhaltung der genannten Anforderungen liegt in der Verantwortung der vorschlagenden Gesellschafter. Aufsichtsrat und Geschäftsführung haben kein Vorschlagsrecht.

### **Zu 5.2.2**

*Es soll eine angemessene Altersgrenze für Mitglieder des Überwachungsorgans festgelegt werden.*

Eine feste Altersgrenze für das Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat ist aus Gründen der Verhinderung von Altersdiskriminierung nicht vorgesehen. Daneben wurden bisher im Arbeitsleben stehende Personen in den Aufsichtsrat berufen. Eine Änderung im Sinne des PCGK ist nicht vorgesehen.

## **Zu 6. Transparenz**

### **Zu 6.1**

Der Anteil der Frauen im Aufsichtsrat lag zum 31.12. bei 14,286 % (1 von 7 Mitgliedern).

### **Zu 6.2.1 Vergütung für die Mitglieder der Geschäftsführung**

	Erfolgsunabhängige Bestandteile	Erfolgsabhängige oder sonstige Bestandteile	Gesamt
Wissenschaftliche Geschäftsführerin	129.268,80 €	7,70 €	129.276,50 €
Administrative Geschäftsführerin	93.724.62 €	7,70 €	93.732,32 €

Bei den sonstigen Bestandteilen handelt es sich um die Erstattung von Kontoführungsgebühren; die entsprechende Zahlung wurde letztmalig mit dem Oktobergehalt 2018 ausbezahlt.

#### **Zu 6.2.2 Vergütung für die Mitglieder des Überwachungsorgans**

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind unentgeltlich tätig.